

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Post: Nachdruck des Dresdner. Preis pro Nummer: 25 Pf. Nur für Nachdruck: 20 Pf.

Wegzugs-Geld: einmündig in Dresden und Oranien bei zweimaliger Zahlung (einmal 4,20 M., monatlich 1,40 M. Einmalige Zahlung: 4,20 M.). Die einmündige Zahlung (einmal 4,20 M.) ist in zwei Raten zu zahlen in Summe am 1. März u. 1. April d. J. 20%. Zinsen: 5% p. a. — Anst. Dr. G. v. S. — Bismarckstr. 10/11.

Veröffentlichung und Hauptvertriebsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßige Entnahmen werden nicht entbunden.

Fliegerangriff auf London, Margate und Sheerness.

Wieder 18500 T. Schiffsraum verlenkt. — Die Sowjets und die Friedensfrage. — Noch eine russische Republik. — Bonar Law über die Kriegslage. — Die Friedensbewegung in England. — Amerika und Japan. — Kaiser Wilhelm und der König von Schweden.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 8. März, abends. (Amtlich. W. Z. B.) London, Margate und Sheerness wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Gute Wirkung war zu beobachten. Von den anderen Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Amtlicher deutscher Admiralsstabbericht.

Berlin, 8. März. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiete von England: 18 500 Brutto-Registertonnen. Von den versenkten Schiffen wurden zwei tiefliegende Dampfer im Kermelkanal aus einem großen, hart gesicherten Geleitzuge herausgeschossen. (W. Z. B.) Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 8. März. (Amtlich.) wird verlautbart: Nichts Besonderes zu melden. (W. Z. B.) Der Chef des Generalstabs.

Die Aufgaben der Sparkassen.

Das deutsche Wirtschaftsleben stand sich vor Ausbruch des Weltkrieges in einer überaus erfreulichen Entwicklung, und der Wohlstand des deutschen Volkes bewegte sich in einer rasch aufsteigenden Kurve. Der Reiz auf diesen günstigen Stand unserer wirtschaftlichen Kräfte war es ja auch zum guten Teile, der unseren Feinden, namentlich England, die Waffen in die Hand drückte. Am Emporblühen unseres Wirtschaftslebens war nicht nur eine reiche Oberschicht beteiligt, sondern die breitesten Schichten der Bevölkerung nahmen an dem wirtschaftlichen Aufschwung teil. Als Beweis hierfür darf es angesehen werden, daß vor dem Kriege die Sparkasseneinlagen in Deutschland 16 Milliarden Mark betragen, was auf den Kopf 258 Mark ausmacht. In England dagegen betrug dieser Durchschnitt nur 98, in Frankreich 114 und in Amerika 185 Mark. Natürlich ist ein direkter Vergleich aus dieser Tatsache nicht abzuleiten, da es ja noch andere Anlagemöglichkeiten gibt und der Ausbau der Sparkassen in den verschiedenen Ländern ungleichmäßig weit vorgeschritten ist, immerhin ergeben sich doch lehrreiche Anhaltspunkte. Im Kriege haben sich keine Veränderungen nach der ungünstigen Seite hin gezeigt. Für 1916 wurde der Zugang an Einlagen der Sparkassen auf 2,75 Milliarden Mark geschätzt, wovon nach Abzug der Einzahlungen auf die Kriegsanleihen ein Reinzuwachs von 2 Milliarden übrig blieb. Auch in der neuesten Zeit hat die Erhöhung der Einzahlungen angehalten. Die „Sparkasse“, das Amtsblatt des Deutschen Sparkassenverbandes, berichtet, daß der Monat Januar 1918 eine weitere Zunahme der Spareinlagen um 1 1/2 Milliarden Mark (gegen 600 Millionen Mark im Jahre 1917) gebracht hat. Natürlich verringert sich diese Summe wieder um die Zeichnungen auf die neue Kriegsanleihe. Nach dem Berichte des Statistikers des Sparkassenverbandes, des Berliner Sparkassendirektors Neusch, ist dieses Ergebnis um so erfreulicher, als sich die Reiensumme im wesentlichen aus kleineren Posten zusammensetzt. Der vierte Teil aller Einzahlungen bestand aus Beträgen von höchstens 20 Mark, und der Durchschnittsbetrag einer Einzahlung belief sich nur auf 287 Mark. Daraus zieht das oben erwähnte Jahrbuch den Schluss, daß der Zustrom der Spareinlagen im wesentlichen aus den unteren Schichten der Bevölkerung und dem Mittelstande stammt. Da die Weltfähigkeit auch sonst sehr groß war, ergab sich das erfreuliche Bild, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben auf sehr gesunder Grundlage steht. Das ist um so begrüßenswert, als unsere Feinde gerade auf den Wirtschaftskrieg und die Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmittel, wie Blockade und Seeraub, einen großen Teil ihrer Hoffnungen gesetzt hatten. Diese Erwartungen aber sind jämmerlich ausfallen geworden. Als unser Land durch den Krieg mit einem Schlag in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandelt wurde, da trat zwar eine vollkommene Veränderung des wirtschaftlichen Lebens ein, aber nach einer vorübergehenden Störung zeigte sich in den meisten Zweigen sehr rasch wieder eine auffallende Belebung.

Viele haben natürlich auch in finanzieller Hinsicht schwer unter dem Kriege zu leiden, und namentlich sind es große Teile des Mittelstandes, denen durch den Krieg die schwersten Opfer anferlegt werden. Dagegen gibt es wieder viele Kreise, die durch den Krieg aus vollkommener Vermögenslosigkeit zu einem gewissen Wohlstand, ja Reichtum aufgestiegen sind. So ergibt sich zwar innerhalb der kleinen Schärre eine nicht unwe有entliche Verschiebung, im allgemeinen läßt sie aber feststellen, daß der Goldstrom, der aus der Reichskasse ins Land und von da in Gestalt der

Zeichnungen auf die Kriegsanleihe wieder in den Reichsfäden zurückfließt, breite Schichten unseres Volkes ernährt und erhält. Unsere Absicht, die Hoffnung unserer Feinde, ist uns in gewissem Sinne zum Segen geworden, da das Geld im Lande bleibt. Deshalb ist es eine der größten staatswirtschaftlichen Aufgaben, dieses Geld zu erfassen und nutzbringend für unser Volkvermögen anzulegen. Einen Hauptteil dieser Arbeit hat die Sparkasse, die „Bank des kleinen Mannes“, zu leisten. Ihrer Pflege und Entwicklung bringt man deshalb weitgehende Anteilnahme entgegen. Das zeigte sich auch am 20. Februar in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages, als der Entwurf eines Sparkassengesetzes in Vorbereitung genommen wurde. Begründet wurde der Entwurf von Ministerialdirektor Virkl. Geh. Rat Dr. Roscher, der u. a. ausführte: Es handle sich nicht um eine umfassende Regelung des sächsischen Sparkassenwesens, das vor der Gefahr einer Schablonisierung bewahrt werden sollte, es handle sich vielmehr nur um die gesetzliche Festlegung gewisser einheitlicher Richtlinien, die sich seither schon bei der Handhabung der Aufsicht bewährt haben; dabei solle das berechtigte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gewahrt bleiben. Zum besseren Verständnis sei aus der Vorgeschichte des Entwurfes erwähnt, daß den ersten Anstoß zu dem Gesetz die Gemeinde Heidenau gegeben hat, indem sie unter Verzicht auf die Annahme von Mündelgeldern eine Gemeinde Sparkasse ohne behördliche Genehmigung errichtete. Das Oberverwaltungsgericht stellte fest, daß hier das Gesetz tatsächlich eine Lücke aufwies, und die Regierung sah sich, um das Entziehen von Gemeinde Sparkassen zweiten Ranges zu verhindern, am 19. Februar 1915 zu einer Rotverordnung veranlaßt, da sonst die mündelunfähigeren Sparkassen durch Gewährung höherer Zinsen den anderen Sparkassen Konkurrenz gemacht und sich im weiteren Verlaufe womöglich zu Gemeinde-Winkelparcken entwickelt hätten. Da die Regierung dieser Entwicklung einen Riegel vorstellen wollte, die Rotverordnung aber nur bis zum 31. Dezember 1920 Gültigkeit hat, unterbreitete sie am 7. Februar 1918 den Ständen den Entwurf eines Sparkassengesetzes, obwohl sie eine Belebung und Förderung des Sparkassenwesens davon nicht erwartet und obwohl, wie in der Begründung des Entwurfes ausdrücklich festgestellt wird, von den sämtlichen Bundesstaaten nur sechs kleinere Staaten mit 63 Millionen Einwohnern und 210 Sparkassen eine staatliche Regelung durch ein Sparkassengesetz besitzen. Auch in der mündlichen Begründung gab Ministerialdirektor Dr. Roscher gern zu, daß sich unsere Sparkassen und ihre Beamten in dem schweren Kriege bewährt hätten, und er dankte ihnen ausdrücklich im Namen der Regierung.

Auch in der Aussprache kam die Anerkennung für die Leistungen unserer Sparkassen zum Ausdruck. So führte der konservative Abgeordnete Wittig aus, daß die sächsischen Sparkassen nach den Auffassungen des Entwurfes auf gesunder Grundlage aufgebaut seien, und der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Hoff stellte fest, daß an dem glänzenden Aufschwunge, den die deutschen Sparkassen im Verkehrsleben genommen, Zahlen von jeder in erster Linie Anteil genommen habe, und daß unser sächsisches Sparkassenwesen dank der Mäßigkeit und Umsicht der leitenden Männer des Sparkassenverbandes auf einer hohen Stufe volkswirtschaftlicher Entwicklung stehe. Damit die Sparkassen ihren Aufgaben gerecht werden könnten, wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgedrückt, daß die Höhe der Einzahlungen nicht allzu sehr beschränkt und daß die Anlage der Sparkassengelder in mündelunfähigeren Papieren nicht allzu hoch erhöht werden möge. Sehr ausführlich sprach sich der konservative Abgeordnete Dr. Mangler über die Aufgaben der Sparkassen aus. Die Sparkassen seien, wie er ausführte, jetzt nichts anderes als gemündelbringende Einrichtungen der Gemeinden, genau so gut wie Elektrizitätswerke oder Wasserleitungen. Der Staat müßte alles tun, um die Sparkassen als Träger der Depositionen auszugestalten, jedenfalls dürften die Sparkassen nicht schlechter behandelt werden als die Banken. Wenn die gemeindlichen Sparkassen zu einem Reservat unter dem Nationalvermögen ausgebaut würden, so könne dem Mittelstande geholfen werden. Die Frage der Bekämpfung zweiter Hypotheken werde ganz wesentlich mit davon abhängen, ob unsere Sparkassen über die nötigen Mittel verfügen. Das Sparkassenwesen sei nach zwei Richtungen hin zu fördern: das eine sei die Förderung des Sparens als solches, dann aber müsse vor allem danach gestrebt werden, die gesparten Gelder auch nutzbar anzulegen. Da der Gesetzentwurf in dieser Hinsicht als Hemmschuh wirken würde, lehnte er ihn in der vorliegenden Form ab. Der Gesetzentwurf dürfe in der Gesetzgebungsdeputation, an die man ihn schließlich verwies, wohl ein etwas anderes Aussehen erhalten.

Die Sowjets und die Friedensfrage.

h. Reuter meldet aus Petersburg, der Zentralausschuß der Petersburger Sowjets hat mit großer Mehrheit den Friedensvertrag mit Deutschland genehmigt. Die Verlautbarung in Kriewka wegen politischen Meinungsverschiedenheiten mit dem Volkskommissar zurückgetreten.

Jülich, 7. März. (Eig. Drahtmeld.) Wie aus Paris gemeldet wird, läßt die Zensur in den Pariser Zeitungen die Veröffentlichung einer Petersburger Nachricht vom Dienstag zu, wonach 365 britische Sowjets, das sei fast 70 Prozent der Sowjets Großrusslands, der Bolschewikregierung anlässlich des Friedensschlusses mit den Mittelmächten ihr Vertrauen vollziehen.

h. Stockholm, 8. März. (Eig. Drahtmeld.) Nach Petersburger Telegrammen wird in Rußland trotz des Friedensschlusses ein Krieg herauf. Ein Deputierter der Volkskommissare bestimmt die Bewaffnung der Bevölkerung, sowie die Einrichtung von Schießständen an Arbeitszwecken.

Noch eine russische Republik.

„Progrès de Yvon“ meldet aus Paris, zwischen Dnestz und Pruth habe sich eine Moldau-Republik mit der Hauptstadt Kischinew gebildet. (W. Z. B.)

Kabinettswechsel in Rumänien?

h. Budapest, 8. März. (Eig. Drahtmeld.) „Pesti Hírlap“ meldet aus Bukarest: Nach der Abwicklung der Frage der Grenzberichtigungen werde Aueres den wahrscheinlich zurücktreten. Sein Nachfolger wird Marghita Komar, der als Mann der Zukunft gilt. Die Grenzberichtigung wird nicht nur an der ungarischen, sondern auch an der österreichischen Grenze erfolgen. Die Bukowina soll nicht umgeschürt werden. — Der Führer der ukrainischen Delegation Professor Dnapentz erklärte, der definitive Friedensschluß mit Rumänien hat für uns großes Interesse, so daß wir auf Grund der Arch-Titowster Vereinbarung dabei mitwirken werden. Wir fordern das Gebiet von Chotin, einen Teil Süd-Bessarabiens, von der Dnestz-Mündung bis zur Donaumündung.

Die Schwierigkeiten der Zufuhr aus der Ukraine.

h. Berlin, 8. März. (Eig. Drahtmeld.) Zu den ersten Nachrichten über die großen Vorräte an Lebensmitteln, die unsere Truppen auf ihrem Vormarsch in der Ukraine schon jetzt sammeln konnten, wird zurückgegriffen, daß der Agententransport aus der Ukraine nach Deutschland nicht so wenig als in den Wochen Zeit dazu in Anspruch nimmt. Dazu kommen die vielfachen Aufgaben allgemeiner Natur, die erfüllt werden müssen, ehe ein geregelter Warenverkehr beginnen kann. Die Vorräte müssen geordnet und aufbewahrt werden, wobei die Preisverhältnisse schwer ins Gewicht fallen, denn in der Ukraine werden für die Tonne Getreide z. B. 3000 M. verlangt, während sie hier in Berlin für 300 M. zu haben ist. Eine wesentliche Hilfe haben wir deshalb von den Lieferungen aus dem südl. Rußland erst gegen Ende des laufenden Geschäftsjahres zu erwarten, das heißt, etwa um die Wende vom Juni zum Juli. Bis dahin werden wir schon mit unseren eigenen Vorräten auskommen.

Der Handelsverkehr mit der Ukraine.

Wien, 8. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet zu den Beratungen mit ukrainischen Vertretern über die Organisation des Warenverkehrs mit der Ukraine: Nächste Woche dürfte eine Regierungskommission nach Kiew gehen, wo dann die endgültigen Verhandlungen zustande kommen sollen. Bedeutsamer Zentralisierung des Warenverkehrs wird eine Handelsstelle in Yemberg unter Leitung des Generalratsverwalters eingesetzt, dem Vertreter der Kriegs-Geschäftsverhandlungen für Großbritannien und der österreichischen Zentralhandelsgesellschaft für andere Nahrungsmittel mit Beamten des Handelsministeriums an der Spitze beizugeordnet sind. Der Verkehr über das Schwarze Meer und die Donau wird der Schwarz-See-Zelle mit dem Sitz in Braila unter Leitung eines österreichischen Generalkonsuls unterstellt. Den Seeverkehr im Schwarzen Meer sollen deutsche Vertreter ins Werk setzen. Der Verkehr auf der Donau dürfte von der österreichischen Transportleitung besorgt werden.

Die Inseln des Ostens.

Nach einer Mitteilung aus Warschau beschloß der finnische Senat, die Alands-Inseln zu einem selbständigen Bezirk innerhalb der finnischen Republik unter einer Landeshoheit zu machen. Laut Stockholm-„Politiken“ hat die revolutionäre Regierung in Stockholm gegen die Forderung der Alands-Inseln durch Schweden Einspruch erhoben, da es sich hierbei um finnisches Gebiet handle. (W. Z. B.)

Zum Frieden mit Finnland.

Berlin, 8. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt ihrer Befriedigung über den geklärten mit Finnland abgeschlossenen Friedensvertrag Ausdruck und weist darauf hin, daß ein solcher Vertrag notwendig gewesen sei, weil Finnland ein Bestandteil des ehemaligen Zarenreiches war und eine feste Grundlage geschaffen werden mußte, auf der sich die künftigen Beziehungen Deutschlands zu der jungen Republik aufbauen sollen. Als Vertragsgegner kam hierbei nur die Regierung in Betracht, die durch den finnischen Landtag in rechtmäßiger Weise ernannt worden ist. Der auf beiden Seiten vorhandene Geist der Versöhnlichkeit und der Verständigung ermöglichte den schnellen Verlauf der Verhandlungen. Politisch bedeutungsvoll für die Zukunft sind besonders die Bestimmungen des Artikels 3, wonach Finnland ohne Einwilligung Deutschlands keinen